

Maude Barlow - Wasser ist Gemeingut - Vorschläge zu seiner Rettung



[Maude Barlow](#)

Die Hälfte der tropischen Wälder, die Lungen unserer Ökosysteme, ist bereits verschwunden. Geht der Kahlschlag unvermindert weiter, werden bis 2030 nur noch zehn Prozent davon übrig sein. Auch 90 Prozent der großen Fische in den Weltmeeren sind nicht mehr da. Gnadenlos gejagt und gefangen von global operierenden Fangflotten. Im 20. Jahrhundert ist weltweit die Hälfte aller Feuchtgebiete, die Nieren unserer Ökosysteme, verloren gegangen. Laut einem Wissenschaftler des Smithsonian Institute in Washington D.C. steuern wir geradewegs auf ein »Biodiversitätsdefizit« zu, in dem Arten und Ökosysteme schneller zerstört werden, als die Natur neue hervorbringen kann.

Wir nutzen und verschmutzen unsere Flüsse und Seen zu Tode. Tag für Tag werden weltweit zwei Millionen Tonnen Abwässer und Rückstände aus Industrie und Landwirtschaft in Oberflächengewässer eingeleitet. Laut einer vor kurzem veröffentlichten globalen Studie sind 80 Prozent unserer Flüsse gefährdet, auf die zusammengerechnet fünf Milliarden Menschen angewiesen sind (Vörösmarty et al. 2010). Gleichzeitig pumpen wir in vielen Regionen die Grundwasservorkommen weitaus schneller ab, als die Natur sie wieder auffüllen kann, um selbst in Trockengebieten Ackerbau zu betreiben oder die durstigen Städte mit dem kostbaren Nass zu versorgen, von dem allein sie jährlich unglaubliche 760 Billionen Liter als Abwasser in die Ozeane leiten. Noch einmal dieselbe Menge Wasser wird pro Jahr von der Bergbauindustrie verbraucht und mit allen möglichen Giften verseucht zurück in die Umwelt gepumpt.[1. César Padilla berichtet in seinem Beitrag detaillierter über die von der Bergbauindustrie verursachten Umweltzerstörungen in Lateinamerika (Anm. der Hg.).] Und ein Drittel der weltweiten Wasserentnahme geht inzwischen in die Produktion von Biotreibstoffen. Verschmutztes Wasser ist weltweit die Haupttodesursache für Kinder; jeden Tag sterben mehr Kinder an durch schmutziges Wasser verursachten Krankheiten als an HIV/Aids, Malaria und Kriegen zusammengenommen. Im Süden stirbt alle dreieinhalb Sekunden ein Kind an den Folgen der Wasserverschmutzung.

Da absehbar ist, dass es in der nahen Zukunft nicht ausreichend Nahrungsmittel und Wasser für alle Menschen geben wird, kaufen reiche Länder und globale Investment-, Pensions- und Hedgefonds verstärkt Land[2. Siehe dazu ausführlicher den Beitrag von Liz Alden Wily in diesem Buch (Anm. der Hg.).], Wasserrechte, Ackerflächen und Wälder im Süden auf. Es ist die Neuauflage eines invasiven Kolonialismus, der immense geopolitische Konsequenzen nach sich zieht.

Weiter so — das geht nicht mehr

Ungeachtet ihrer vollmundigen Versprechen, die Erde zu schützen, verschärfen die meisten unserer Regierungen die Krise mit immer neuen Plänen für eine noch intensivere Ressourcenausbeutung, mit der Förderung des Freihandels, mit der Privatisierung von absolut allen Dingen und mit der Fixierung auf ein unbegrenzte Ressourcenverfügbarkeit voraussetzendes, ungebremstes Wachstum. Das ist die eigentliche Ursache der Krise. Um die in unserer Konsumwelt unablässig wachsende Nachfrage zu befriedigen, hat die Menschheit es sich angewöhnt, die



Natur allein als Ressource zur Gewinnerzielung und zur Steigerung des materiellen Wohlbefindens zu betrachten, nicht als ein lebendiges Ökosystem, von dem alles Leben ausgeht und abhängt. Wir haben unsere Wirtschafts- und Entwicklungspolitiken auf ein anthropozentrisches Modell aufgebaut und angenommen, dass die Natur unseren Ressourcenhunger immer stillen würde. Und sollte sie es hier und da doch nicht tun, würde uns die Technologie retten.

Zwei Dinge stehen der Umweltbewegung im Weg

Aus der Perspektive der Umweltbewegung sehe ich zwei Probleme, die uns daran hindern, der fortschreitenden Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Einhalt zu gebieten. Das erste Problem liegt darin, dass sich die meisten Umweltgruppen entweder dem dominanten Entwicklungsmodell angeschlossen haben oder aber sich außerstande sehen, es zu ändern. Das zweite Problem ist das »Silodenken« in unseren Bewegungen, bei dem jeder sein eigenes Süppchen kocht. Allzu lange haben die Umweltschützer sich für ihre Ziele eingesetzt, ohne den Schulterschluss mit allen zu suchen, die für soziale Gerechtigkeit kämpfen und sich für fundamentale Systemänderungen engagieren.

Das deutlichste Beispiel dafür findet sich in dem Bereich, in dem ich mich am besten auskenne: der globalen Süßwasserkrise. Inzwischen fangen auch die unbelehrbarsten »Silodenker« an einzusehen, dass die Folgen der Wasserkrise für Mensch und Natur aufs Engste miteinander verknüpft sind und man beide gemeinsam in Angriff nehmen muss. Die Vorstellung, die ungleiche Versorgungslage könnte dadurch behoben werden, dass man mehr Geld aufreibt, um mehr Grundwasser zu fördern, beruht auf dem Irrglauben an unerschöpfliche Wasser-vorkommen, denn die Grundwasservorkommen werden fast überall exzessiv ausgebeutet. Ähnlich fatal ist die Hoffnung, dass Gemeinschaften bei der Wiederherstellung ihrer Wassersysteme kooperieren, obwohl sie unter großer Armut leiden und keine Möglichkeiten haben, die von ihnen genutzten Ressourcen auch zu bewahren. Zweifellos ist die ökologische Gesundheit des Planeten untrennbar mit der Notwendigkeit verbunden, ein gerechtes System der Wasserverteilung für alle zu entwickeln. Die globale Bewegung für Wassergerechtigkeit versucht das.

Der Platz der Commons

Nach meiner Überzeugung ist es an der Zeit, diese neuen Bewegungen, in denen das analytische Wissen und die harte Arbeit der Umweltbewegung mit dem Engagement der Gerechtigkeitsgruppen zusammenkommt, in einer ganz neuen Form der Regierungsführung zu verschmelzen, die uns und der Erde ein Überleben erlaubt. Im Kern dieses neuen Paradigmas steht die Notwendigkeit, die natürlichen Ökosysteme zu schützen und [3. Hervorhebung durch die Herausgeber.] die gerechte Verteilung ihrer Früchte bzw. Reichtümer zu gewährleisten. Zugleich bedarf es der Rückbesinnung auf ein altes Konzept namens Allmende bzw. Commons.

Die Idee der Commons basiert auf der Vorstellung, dass jeder von uns Rechte an bestimmten gemeinsamen Ressourcen hat, seien es Atmosphäre oder Ozeane, Süßwasser oder Artenvielfalt, Kultur, Sprache oder Wissen. Und zwar einfach nur deshalb, weil wir Mitglieder der menschlichen Familie sind. In den meisten traditionellen Gesellschaften galt der Grundsatz, dass das, was einem gehört, allen gehört. Vielen indigenen Gesellschaften ist bis heute die Vorstellung fremd, einer Person oder einer Familie den Zugang zu Nahrung, Luft, Land, Wasser oder die für die Sicherung des eigenen Lebensunterhalts unerlässlichen Mittel zu verweigern. Viele moderne Gesellschaften haben diesen Gedanken auf den universellen Zugang zu einer sozialen Allmende übertragen und versorgen daher alle Mitglieder der Gesellschaft mit Bildung, Gesundheitsversorgung und sozialer Absicherung.[4. Die Grenzen dieses Ansatzes im Rahmen des Markt-Staat-Paradigmas beschreibt James Quilligan in seinem Beitrag (Anm. der Hg.)] Seit der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Jahr 1948 sind die Regierungen aller Mitgliedsländer der Vereinten Nationen verpflichtet, die Menschenrechte, die kulturelle Vielfalt und die ausreichende Ernährung ihrer Bürger zu gewährleisten.

Gleichermaßen reaktiviert und ausgeweitet werden muss die Public-Trust-Doktrin[5. Vergleiche dazu die Beiträge von James Quilligan sowie David Bollier und Burns Weston in diesem Buch (Anm. der Hg.)], ein Rechtsprinzip, nach dem bestimmte natürliche Ressourcen unerlässlich für unser Dasein und im Interesse des Allgemeinwohls zu schützen sind. Im Rahmen der Public Trust Doctrine üben Regierungen[6. Der Trustee eines Trusts muss nicht unbedingt eine Regierung sein (Anm. der Hg.)] ihre treuhänderische Verantwortung für diese Ressourcen aus. Die Public-Trust-Doktrin wurde erstmals im Jahr 529 n. Chr. vom oströmischen Kaiser Justinian kodifiziert, der verkündete: »Nach den Gesetzen der Natur sind diese Dinge allen Menschen gemeinsam: die Luft, das fließende Wasser, das Meer und folglich auch die Küsten des Meeres.« Amerikanische Gerichte haben diese Doktrin als eine »hohe, ernste und fortwährende Verpflichtung« bezeichnet und unter anderem festgestellt, dass die Einzelstaaten die unter den schiffbaren Gewässern befindlichen Flächen »treuhänderisch für die Bevölkerung des Einzelstaates verwahren«. Im Jahr 2010 verwies der US-Bundesstaat Vermont auf die Public-Trust-Doktrin, um die Grundwasser-vorkommen vor zügelloser Ausbeutung zu schützen, und erklärte, dass niemand Besitzrechte an dieser Ressource hat, sondern dass sie dem Volk von Vermont und den kommenden Generationen gehöre. Das neue Gesetz legt auch Prioritäten für die Grundwassernutzung in Zeiten von Wasserknappheit fest: Entnahmen für den täglichen Bedarf der Menschen, die nachhaltige Nahrungsmittelproduktion und den Schutz der Ökosysteme haben Vorrang vor industrieller und kommerzieller Nutzung. Weiter westlich ist um die Großen Seen herum ein neues Netzwerk kanadischer, amerikanischer und indianischer Gemeinden entstanden, die darauf hinarbeiten, die Großen Seen zu einem Commons zu erklären und einen entsprechenden Trust zu entwickeln.

Erfolge inspirieren — weltweit

Wenn wir zuhören, wird die Natur uns lehren, wie wir zu leben haben und was erforderlich ist, um auch in Zukunft über Wasser zu verfügen: Schutz und Wiederherstellung von Wassereinzugsgebieten, Gewässerschutz, Schutz von Wasserquellen, Regenwassernutzung, lokale und nachhaltige Nahrungsmittelproduktion und wirksame Gesetze zur Eindämmung der Wasserverschmutzung. Martin Luther King Jr. hat einmal gesagt, dass Gesetze vielleicht nicht die Herzen zu bewegen vermögen, aber doch die Macht der Herzlosen beschränken.

Im indischen Bundesstaat Rajasthan haben Dorfbewohner gemeinsam ein System zur Regenwassernutzung aufgebaut, dank dessen zur Wüste gewordenen Land wieder erblüht und Flüsse wieder Wasser führen. Die Stadt Salisbury in Südaustralien hat nach den historisch tiefen Pegelständen des Murray River ein regelrechtes Wunder in Sachen Begrünung von Wüstenland vollbracht. Jeder Tropfen Wasser, der vom Himmel fällt, wird aufgefangen und das gesamte Abwasser über Feuchtgebiete, die als Kläranlagen fungieren, in natürliche Grundwasserleiter



geleitet und dort gespeichert, bis es gebraucht wird.

Die natürliche Welt benötigt ihren eigenen Rechtsrahmen, ein »Wild Law«, wie der südafrikanische Umweltjurist Cormac Cullinan dazu sagt: ein Recht der Wildnis. Dabei geht es um eine Gesetzgebung, die die Rechte der Natur und aller Lebewesen anerkennt, jenseits ihres Nutzwertes für den Menschen. Ein solches »Wild Law« verlangt, unsere alte, auf Ausbeutung ausgerichtete Beziehung mit der Natur durch eine demokratische Beziehung mit anderen Lebensformen zu ersetzen. In einer vom Recht der Wildnis geregelten Welt wäre die destruktive, anthropozentrische Ausbeutung der Natur gesetzeswidrig. Es wäre dem Menschen verboten, absichtlich funktionierende Ökosysteme zu zerstören oder andere Arten auszurotten.

Ein derartiger Rechtsrahmen ist bereits im Entstehen begriffen. In Indien hat der Oberste Gerichtshof entschieden,^[7] Barlow bezieht sich auf die Tamaqua Borough Sewage Sludge Ordinance von 2006. Die Verordnung verbietet Unternehmen, Gülle zur Düngung der Felder auszubringen. Das gilt auch dann, wenn die Landbesitzer und Bauern es erlauben (Anm. der Hg.) dass der Schutz von Seen und Teichen gleichbedeutend ist mit dem Schutz des Rechts auf Leben – dem fundamentalsten aller Rechte. Das Recht der Wildnis stand auch Pate bei einer von der Stadt Tamaqua im US-Bundesstaat Pennsylvania erlassenen Verordnung, um die Deponierung von Klärschlamm auf »wildem Land« zu unterbinden. Darin wurden sowohl die Ökosysteme als auch die natürlichen Gemeinschaften innerhalb der Stadtgrenzen als »juristische Personen« anerkannt.

Bisweilen macht die Menschheit in der Geschichte einen kollektiven Schritt nach vorn. An solch einem Punkt sind wir jetzt angekommen. Wir haben begonnen anzuerkennen, dass der Schutz der Erde und ihrer Ökosysteme dringend notwendig ist. Alles, was uns hilft, die Vereinzelung und das Silodenken zu überwinden, ist unschätzbar wertvoll. Wir dürfen uns nicht mit kleinen Verbesserungen der Welt, wie sie ist, begnügen. Das heißt: Wir müssen auf ein vollkommen anderes Wirtschafts-, Handels- und Entwicklungsmodell hinarbeiten und dürfen nicht darin nachzulassen, gegen die durch das bestehende Modell verantworteten Missstände zu kämpfen.

In Tolkiens Herr der Ringe sagt Gandalf an dem Tag, bevor er sich der dunklen Macht stellt, die alles Lebendige zu vernichten droht: »Kein Reich beherrsche ich [...]. Doch alles, was Wert hat in der Welt, so wie die Dinge jetzt liegen, das steht unter meinem Schutz. Und ich für meinen Teil werde mit meiner Aufgabe nicht ganz scheitern [...], wenn irgendetwas diese Nacht übersteht, das noch gut werden oder Furcht tragen oder in zukünftigen Tagen wieder blühen kann. Denn auch ich bin ein Truchsess^[8]. Ein Truchsess war ein Hofamt in der mittelalterlichen Hofgesellschaft. Zu seinen Pflichten gehörte die Hof- und Güterverwaltung. Ursprünglich eine Bezeichnung für den Vorsteher der Hofhaltung und obersten Aufseher über die fürstliche Tafel, erhielt das Amt im Wandel der Zeit weitere einflussreiche Funktionen. Mehr als ein bloßer Ehrentitel, wurde der Truchsess ein zu Dienstleistungen verpflichtendes und durch Eid bekräftigtes Dienstverhältnis, ein »Ehrenamt« (Anm. der Hg.).]. Wusstet Ihr das nicht?«.

Dieser Beitrag basiert auf einer Plenarrede von Maude Barlow auf der Jahresversammlung der Environmental Grantmakers Association in Pacific Grove, Kalifornien, 2010.

Literatur

- Vörösmarty, Charles J. et al. (2010): »Global Threats to Human Water Security and River Biodiversity«, in: Nature 467, 30.09.2010, S. 555-561.